# STAHLGIPFEL Nordrhein-Westfalen

# Gemeinsame Erklärung

- **des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen,**
- **der IG Metall, Bezirksleitung Düsseldorf,**
- **der Wirtschaftsvereinigung Stahl**

**Für eine starke und wettbewerbsfähige Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen**

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Stahlland. Der hier produzierte hochwertige Stahl hat auch künftig Schlüsselfunktionen für die industrielle Wertschöpfung in Europa. In Nordrhein-Westfalen werden jährlich rund 16,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das sind 38 Prozent der Produktion in Deutschland. In der NRW-Stahlindustrie sind 47.600 Menschen beschäftigt. Dies entspricht 56 Prozent der Stahlbelegschaften in Deutschland.

Die Stahlindustrie ist ein Werkstofflieferant mit zentraler Bedeutung für industrielle Wertschöpfungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen. Sie ist notwendig und unverzichtbar zur Sicherung der leistungsfähigen und innovativen Industrie in Nordrhein-Westfalen. Ihre Wirkung strahlt weit über das Bundesland nach Deutschland und Europa aus.

Vor diesem Hintergrund ist es das gemeinsame Interesse der Teilnehmer des NRW-Stahlgipfels, den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen vorausschauend zu stärken. Zu den für die nordrhein-westfälischen Stahlunternehmen wichtigen Themen haben sich die Teilnehmer des Stahlgipfels - das Wirtschaftsministerium NRW, die IG Metall und die Wirtschaftsvereinigung Stahl - auf folgende Positionen verständigt:

**Energie- und Klimaschutzpolitik**

Die Energiewende ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Die Stahlindustrie in NRW stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit selbstverständlich auch dem Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund sollten die neuen Bestimmungen zum Europäischen Emissionshandel Energieeffizienz und Modernisierung anreizen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden. Es gilt Produkte zu entwickeln, die dazu beitragen, dass dieser Weg technisch und wirtschaftlich darstellbar ist.

Gemeinsames Ziel ist die Reduktion von $CO_2$-Emissionen. Entsprechend muss es einen gleitenden Übergang zu einer $CO_2$-armen Industrie geben, den die Partner mit Innovation und Kreativität unterstützen. Die Energieversorgung in Deutschland muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Aus Sicht des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen ist besonders darauf zu achten, dass dieses Zieldreieck nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlunternehmen in ein Ungleichgewicht gerät.

Die Kosten der Energiewende müssen gerecht verteilt und auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben. Der Einsatz der Bundesregierung für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz wird begrüßt. Notwendig ist aber auch die dauerhafte und vollständige Befreiung der in der Stahlindustrie typischen Eigenstromerzeugung auf

Basis von Kuppelgasen und anderer Restenergien von der EEG-Umlage für Bestands- und Neuanlagen, da diese ökologisch sinnvoll ist.

Das Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen, die IG Metall und die Wirtschaftsvereinigung Stahl sehen mit Sorge die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels. Sie können für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen existenzgefährdend sein. Das betrifft im Besonderen die Vorschläge:

- zu einer pauschalen Verringerung der Benchmarks ohne Rücksicht auf die technische und wirtschaftliche Machbarkeit,
- zur weiteren Anwendung des Sektor übergreifenden Kürzungsfaktors und
- zu einer nur anteilig Strompreiskompensation.

Damit können trotz einer grundsätzlichen Fortsetzung der kostenfreien Zuteilung der Emissionsrechte erhebliche Zusatzkosten für den Stahlsektor entstehen.

Die Beratungen zum EU-Emissionsrechtehandel in den kommenden Monaten müssen zum Ziel haben, dass die im internationalen Wettbewerb stehenden Stahlunternehmen in NRW nicht unverhältnismäßig belastet werden, um auch weiter auf dem umkämpften Stahlmarkt bestehen und investieren zu können. Dabei erinnern die Partner besonders an die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 24. Oktober 2014, nach denen Carbon-Leakage vermieden und die besten Anlagen (10 Prozent) durch den Emissionsrechtehandel nicht mit unverhältnismäßigen Kosten belastet werden sollen.

Die Partner werden alle Möglichkeiten erörtern, wie die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen durch verstärkte Forschungsanstrengungen die Dynamik der Werkstoffentwicklung weiter vorantreiben kann. Erneuerbare-Energie-Anlagen und Umwelttechnologien sind Zukunftsbranchen für neue Marktfelder und weitere Innovationen, z.B. die Herstellung von Windkraftanlagen entwickelt sich dabei zu einem wichtigen Absatzmarkt.

**Globale Handelsverflechtungen**

Die Wettbewerbsintensität auf den internationalen Märkten hat deutlich zugenommen. Sichtbar wird dies an der gestiegenen Außenhandelsdynamik und dem dramatisch gewachsenen Importdruck in der EU 28. Dieser ist vor allem Resultat hoher Überkapazitäten in China. Die Partner sehen mit Sorge, dass die chinesische Stahlindustrie mit gedumpten bzw. subventionierten Produkten den Wettbewerb behindert. Notwendig ist daher eine europäische Außenhandelspolitik, deren Instrumente wirkungsvoll ausgestaltet sind und effizient eingesetzt werden. Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft sollte von der Erfüllung der fünf Kriterien abhängig sein, die die EU selbst als Voraussetzung hierfür definiert hat.

Stahlbasierte industrielle Wertschöpfungsnetzwerke sind auch die Voraussetzung für die Exporterfolge der deutschen Industrie. Aus Nordrhein-Westfalen werden knapp sieben Millionen Tonnen Walzstahlerzeugnisse in die Welt exportiert. Das ist ein Drittel der gesamten Walzstahlausfuhren Deutschlands. Dabei ist aber nicht nur die direkte Ausfuhr von Stahlprodukten bedeutsam. Auch die indirekten Exporte in Form innovativer Endprodukte aus Stahl sichern die wirtschaftliche Basis unseres Landes.

**Mitbestimmung**

Die Mitbestimmung, insbesondere die Montanmitbestimmung, hat sich als Standortfaktor bewährt und zu einer Sicherung und Stabilität der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie beigetragen. Neue Herausforderungen sind vor diesem Hintergrund auch künftig am besten gemeinsam zu bewältigen.

Zu beachten sind dabei stets die gemeinsamen Interessen von Stahlunternehmen und deren Beschäftigten, wirtschaftlichen Erfolg und die Arbeitsplätze für die Zukunft abzusichern.

Immer mehr Bereiche der Arbeitswelt werden vom digitalen Wandel erfasst. Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert neue Strategien für soziale Sicherungssysteme und für Mitbestimmung. Sozialpartnerschaftliche Lösungen bleiben von zentraler Bedeutung, um Chancen, Herausforderungen und Risiken der rasanten technologischen Entwicklungen zu erkennen und den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.

**Digitalisierung und Industrie 4.0**

Die Stahlindustrie ist gekennzeichnet durch die Integration in ein enges Netzwerk von Lieferanten, Kunden und Forschungsinstituten. Dieses wird durch Konzepte von Industrie 4.0 dynamisch weiterentwickelt. Für die Stahlindustrie ist es wichtig, dass die mit den neuen Technologien einhergehenden Veränderungen angemessen berücksichtigt werden. Dabei muss die Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine besondere Beachtung finden.

Die Partner sind sich einig, die notwendige Verbindung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen einerseits und den Unternehmen andererseits weiter zu stärken. Es muss darum gehen, den Innovationstransfer stetig auszubauen und den Unternehmen damit bestmögliche Chancen zu eröffnen, konkrete anwenderorientierte Innovationen der Digitalisierung in die Produktionsprozesse zu integrieren. Gleichzeitig gilt es, gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitswelt sowie Ausbildung und Qualifizierung den Erfordernissen der Digitalisierung anzupassen. Ein gleichberechtigter Nutzen für die wertschöpfenden Prozesse der Unternehmen und die Belange der Beschäftigten ist anzustreben.

**Akzeptanz**

Die Unterzeichner stehen für weitere Zukunftsinvestitionen in die Stahlindustrie. Sie wollen die Unternehmen unterstützen und für Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Dabei kommt es darauf an, die Argumente kritischer Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, frühzeitig umfassend zu informieren und in einer offenen Diskussion nach fairen Lösungen zu suchen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen zügig durchgeführt werden können.

Produkte und Technologien der Industrie gründen sich auf ein breites Verständnis in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen bei. Neue Anlagen zur Produktion und der Aus- und Umbau von Infrastruktur bedürfen weiterhin gesellschaftlicher Akzeptanz. Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu seiner Dialogkultur. Die Landesregierung wird diese zur Steigerung von Akzeptanz von Industrie- und Infrastrukturprojekten weiter entwickeln und die Zusammenarbeit der in NRW tätigen lokalen und regionalen Allianzen im Rahmen des Landesprojekts „Dialog schafft Zukunft“ weiter fördern.

**Fazit**

Die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten hervorragend aufgestellt. Sie ist die Werkstoffbasis für leistungsstarke und innovative Wertschöpfungsnetzwerke. Dabei bekennt sie sich zu ihrer umweltpolitischen Verantwortung und dem weiteren Ausbau von nachhaltigen Produktionsprozessen. Jedoch steht sie auch im Wettbewerb mit internationalen Unternehmen, die nicht vergleichbaren energie- und umweltpolitischen Vorgaben ausgesetzt sind.

Die Unterzeichner sind sich darin einig, dass politische und rechtliche Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Investment-Leakage an den Stahlstandorten in Europa und Deutschland vermieden und das Ziel der Europäischen Kommission einer Reindustrialisierung nicht gefährdet wird. Sie setzen sich

daher mit Nachdruck in Berlin und Brüssel für den Erhalt einer starken Stahlindustrie ein. Nur eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten. Anders wird es nicht möglich sein, dass die Wirtschaft auch in Zukunft Motor für Innovationen bleibt. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie für die Zukunft nachhaltig gesichert und der Wohlstand unseres Landes weiter gewährleistet werden.

**Garrelt Duin**
Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

**Hans Jürgen Kerkhoff**
Präsident der Wirtschafts-vereinigung Stahl

**Knut Giesler**
Bezirksleiter der IG Metall NRW

Düsseldorf, 21. September 2015